

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1909

215 (16.9.1909)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunde d. Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionsschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei Ged. u. Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, Aus der Partei u. Letzte Post: W. Kolb, Redig., Kommunales, Neues v. Tage, Feuilleton u. Unterh.-Beil.: A. Weismann, Gewerkschaftl., Chronik, Genossenschaftl., Soz. Rundschau: S. Kadel, alle in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Ziegler in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Der Entwurf einer Verwaltungsreform in Baden.

Der „Schwäb. Merkur“ und die „Bad. Landeszeitung“ sind in der Lage, das Rundschreiben des Ministers v. Bodmann zu publizieren, in welchem die wichtigsten Grundzüge des Gesetzentwurfes über die geplante Verwaltungsreform enthalten sind. Wie die nationalliberale Presse dazu gekommen ist, dieses Rundschreiben zu publizieren, wissen wir nicht. Auf alle Fälle aber ist es ein unerträgliches Verbrechen, daß man solche Vorlagen als vertraulich bezeichnet, daß gleichzeitig aber einzelne Blätter in die Lage kommen, diese „vertraulichen“ Rundschreiben zu publizieren. Auch wir wären in der Lage gewesen, Näheres sowohl über die geplante Verwaltungsreform als auch über den Gesetzentwurf betr. die Reform der Gemeindeverfassung zu veröffentlichen, wenn wir uns nicht an das „vertraulich“ gebunden gefühlt hätten.

In seinen wesentlichen Teilen besagt das Rundschreiben über die Verwaltungsreform folgendes:

Der Entwurf bezweckt eine Erweiterung der Selbstverwaltung. Er vermehrt und erweitert deshalb einerseits die freiwilligen Aufgaben der Kreisverbände (§ 30, wo außer der Erbauung und Unterhaltung der Kreis- und Gemeindegemeinschaften die Errichtung von Kreisparassen, Kreisbüchereien, Werkhäusern, Armen-, Kranken- und Rettungshäusern die Rede ist), andererseits weist er ihnen bisherige Aufgaben des Staates zu (§ 31 nennt die Fürsorge für Geistesranke und Idioten, den Neubau, die Hauptverbesserung und Unterhaltung der Landstraßen, die Unterhaltung Hilfsbedürftiger, die dem Geltungsgebiet des bestehenden Gesetzes nicht angehören, die Landstraßenverwaltung (jetzt der Staat). Die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben sollen die Kreise erhalten einmal durch die Besteuerung der Gemeinden in der bisherigen Weise (§ 32: der Bedarf der Kreise wird auf die einzelnen Gemeinden nach dem Verhältnis ihrer Steuerkapitalien umgelegt). Jedoch soll ein Ausgleich in der bisher so verschiedenen Belastung der Kreise dadurch eintreten, daß statt den 11 bisherigen nur vier Kreise gebildet werden, die den Bezirken der Landeskommissare entsprechen; diese decken sich nicht ganz mit denen der früheren 4 Kreise. Weitere Mittel sollen die Kreise erhalten durch eine Erhöhung der Staatsdotations (§ 33). Die Dotation soll von 10 zu 10 Jahren, erstmals auf Grund der Ausgaben, festgesetzt werden, die der Staat für die von ihm an die Kreise zu übertragenden Aufgaben bisher gehabt hat. Durch die Verminderung der Zahl der Kreise wird gleichzeitig ihr räumliches Tätigkeitsgebiet in einer den veränderten Verhältnisse entsprechenden Weise erweitert. Diese Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes eröffnet zugleich die Möglichkeit einer großzügigen Wahrnehmung der Kreisaufgaben.

Die sachliche und räumliche Erweiterung der Kreisaufgaben erfordert, daß der Vorsitzende des Kreisaußenbüros dem Amt seine volle Zeit und Kraft widmet. Es soll deshalb an die Spitze der Kreisverwaltung ein besonderer Kreisbeamter treten. Damit hört die Kreisverwaltung so wenig auf, Selbstverwaltung zu sein, als die Städte der Städteordnung und die zahlreichen mittleren und kleineren Städte, welche Berufsbeamte an die Spitze ihrer Verwaltung berufen haben, aufgehört haben, sich selbst zu verwalten. Der Vorsitzende des Kreisaußenbüros soll von der Kreisversammlung frei gewählt werden. Er soll sein Amt führen in Gemeinschaft mit den wie bisher von der Kreisversammlung zu wählenden Mitgliedern des Kreisaußenbüros. Die Bewilligung der Mittel liegt nach wie vor in den Händen der Kreisversammlung, ohne deren Zustimmung somit der Kreisaußenbüros keine Unternehmung in Angriff nehmen und durchführen kann. Entsprechend der größeren Ausdehnung des Kreises soll die Zahl der Mitglieder des Kreisaußenbüros und der Kreisbeamten verdreifacht werden. Es wird dies ermöglicht, daß jeder Amtsbezirk im Kreisaußenbüros vertreten ist und somit die örtlichen Besonderheiten auch fernerhin die nötige Berücksichtigung erfahren.

Die allseits verlangte Vereinfachung der Wahlen zur Kreisversammlung soll dadurch herbeigeführt werden, daß in Rücksicht zu dem Grundgedanken des geltenden Verfassungsgesetzes die Kreisversammlung lediglich bestehen soll aus Gemeindevorstellern und Vertretern von Standesinteressen. Die Kreise sind eine Vereinigung von Gemeinden zur Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und Erfüllung gemeinsamer Aufgaben. Sie bringen die Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben, soweit sie solche nicht vom Staat erhalten, durch Umlagen auf, die sie von den Gemeinden erheben. Steuerzahler ihnen gegenüber sind somit nicht die einzelnen Staatsbürger, sondern die Gemeinden. Es entspricht diesem Sach- und Rechtsverhältnis, daß nicht die dem Kreis angehörenden Staatsbürger, welche auch bisher ein sehr ge-

ringes Interesse an den Kreiswahlen gezeigt haben, sondern die Gemeinden Wähler zur Kreisversammlung werden. Eine breitere Grundlage soll aber diesen Wahlen dadurch gegeben werden, daß, soweit Bürgerausschüsse bestehen, diese mit der Wahl der Abgeordneten, in den kleineren Gemeinden mit der Wahl der Wahlmänner betraut werden.

Die Zahl der Mitglieder der neuen Kreisversammlung und ihre Verteilung auf die Städte und Amtsbezirke ist aus der Anlage 4 ersichtlich (künftiger Kreis Konstanz 26 Gemeindeabgeordnete, 6 Großgrundbesitzer, 9 Interessentenvertreter, zusammen 41 Mitglieder, Freiburg 46 + 15 = 61, Karlsruhe 52 + 15 = 67, Mannheim 50 + 15 = 65). Für die Aufstellung der Bezirksratslisten ordnet der Entwurf das Verfahren für die der Kreisversammlung zu machenden Vorschläge entsprechend einer in manchen Kreisen schon bestehenden Übung an (§ 2, Abs. 5: Es tritt für jeden Amtsbezirk ein vorbereitender Ausschuss zusammen). Die Befugnis der Kreisversammlung soll indes insofern erweitert und das Ermessen der Regierung insofern beschränkt werden, als die Kreisversammlung die doppelte statt die dreifache Zahl der zu Bezirksräten zu Ernennenden vorschlägt. Daß als Listen die für den Schöffens- und Geschworenendienst aufzustellenden Listen — unter Beschränkung auf Badener — benutzt werden sollen, wird im Interesse der Vereinfachung vorgeschlagen und entspricht zugleich der Erwägung, daß die Mitglieder des Bezirksrats in ihrer verwaltungsgerichtlichen Tätigkeit richterliche Funktionen ausüben und daß auch ihre Mitwirkung bei der staatlichen Verwaltung denselben Grundgedanken entspricht, wie die Tätigkeit der Schöffen- und Geschworenenzugewiehung des Laienelements zu wichtigen Entscheidungen der Staatsbehörden. Daraus ergibt sich auch die Folgerung, daß die Bedingungen der Aufnahme in die Listen wesentlich dieselben sein sollen, wie für den Dienst der Schöffen- und Geschworenen, insbesondere 30. Lebensjahr und zwei Jahre Wohnsitz in einer Gemeinde des Amtsbezirks statt 25. Lebensjahr und einjährigen Wohnsitz. Tatsächlich wird diese Aenderung aber kaum eine Aenderung in der Zusammenlegung der Bezirksräte bewirken.

Soweit das Rundschreiben, wie wir es im „Schwäb. Merkur“ gelesen haben. Es geht daraus hervor, daß die geplante Verwaltungsreform in der Hauptsache an dem bisherigen System der Verwaltung festhält. Die Befugnisse der Kreisverwaltungen werden zwar etwas erweitert, aber von einer Modernisierung kann ernstlich kaum gesprochen werden. Das Wahlrecht bleibt nach wie vor rückständig, der Großgrundbesitz behält seine Privilegien und die Arbeitererschaft, deren soziale und ökonomische Bedeutung heute in Baden zweifellos ungleich größer ist, als die der Großgrundbesitzer, wird wieder als fünftes Rad am Wagen behandelt. Wir werden auf die Sache gelegentlich noch eingehender zurückkommen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Leipzig, 14. Sept. 1909.

Zweiter Verhandlungstag.
(Nachmittagsitzung.)

Vorsitzender Lipinski eröffnet die Nachmittagsitzung kurz nach 3 Uhr.

Neue Begrüßungsgramme sind eingegangen von der italienischen Sozialdemokratie, der Wiener Arbeiterzeitung und den Wiener Handlungsgehilfen. Aus Schweden ist Genosse Lindblatt (Göthenburg) eingetroffen, den der Vorsitzende namens des Parteitag herzlich willkommen heißt.

Linblatt (stürmisch begrüßt) führt aus: Wenn habe ich die Gelegenheit einer Vortragsreise nach Deutschland ergriffen, um auch dem Parteitag unsern Dank und unsern Gruß zu überbringen. Der Kampfschrei, den wir jetzt führen, gilt einer Lebensfrage der schwedischen Arbeitererschaft. Nur dem oberflächlichen Beobachter kann die Veranlassung des Streiks geringfügig und außer Verhältnis mit den Opfern erscheinen. Uns war er nach den Erfahrungen der letzten Jahren unvermeidlich; denn nicht nur um Lohn und Arbeitszeit, sondern auch um das Recht der Koalition, das die Unternehmer durch ihre Aussperrungstaktik zu rauben suchten. Auch politisch hat man die Arbeitererschaft schlimm entrechtet und die Bourgeoisie hat ihre Vormachtstellung zu ihren Gunsten weidlich ausgenutzt. Dadurch wurden die sozialen Spannungen scharf zuspitzt. So mußten wir in den Kampf hineingehen. Jetzt endlich scheint es, als wolle die Regierung ihre Passivität zugunsten des Unternehmers aufgeben und vermitteln. Indessen, das kann noch lange dauern und die Friedensliebe der Unternehmer ist noch sehr zweifelhaft. Von den 300 000 Arbeitern, die in den Generalstreik traten und eben durch ihre ungeheure Zahl die zwingende Notwendigkeit des Generalstreiks bewiesen, stehen noch 150 000 im Kampfe, alle, die bei Mitgliedern des schwedischen Arbeitgebervereins arbeiten. Sie haben nun bisher bewiesen, daß sie nicht nur leere Worte für uns haben, sondern auch Taten. Dafür danken wir Ihnen und auch Ihrer Presse, von der namentlich der „Vorwärts“ den Kampf meister-

haft für uns geführt hat. Unterstützen Sie uns mit derselben Ausdauer und Energie weiter, bis der Kampf durchgeführt und die Zukunft der Organisationen gesichert ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Es erstattet sodann den Bericht der Mandatsprüfungskommission

Kneriem (München): Anwesend sind 295 Delegierte aus 318 Wahlkreisen, je 9 Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, 23 Reichstagsabgeordnete, je 1 Vertreter des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und des Bildungsausschusses und sieben auswärtige Gäste, insgesamt also 339 Mitglieder des Parteitag. Proteste sind eingelegt gegen das Mandat von Schilde (Stuttgart) und Litfin (Berlin IV). Schilde ist jedoch nicht eingetroffen und den Protest gegen das Mandat des Genossen Litfin beantragt die Kommission zurückzuweisen. Alle 295 Mandate werden für gültig erklärt. — Es erhält sodann

Gisner (München) das Wort zur Begründung folgender Resolution:

„Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, ein Aktionsprogramm von aktuellen gesetzgeberischen Arbeiten, Gesetzentwürfen nebst der Begründung oder die Richtungslinien festlegende Anträge und Denkschriften zu entwerfen und im Reichstag einzubringen, die im Anschluß an aktuelle Fragen, Regierungsentwürfe, Anregungen der bürgerlichen Parteien, aber unabhängig von den Vorschlägen der Regierungen und den Anträgen der bürgerlichen Parteien den schöpferischen Willen der Sozialdemokratie und des Proletariats verkörpern und so gestaltet sind, daß sie unmittelbar auch in der bürgerlichen Gesellschaft ausführbar sind. Diese Entwürfe, Begründungen, Denkschriften bilden zugleich die Grundlage für Abänderungsvorschläge an Entwürfen der Regierung und unserer Gegner.“

Als solche Gesetzentwürfe, Anträge, Denkschriften kommen zunächst in Betracht: eine demokratische Revision der Verfassung, systematische Militärreform, Reichsfinanzreform, ein einheitliches Arbeiterrecht (Arbeitergesetz und Arbeiterversicherung), Reichsschulgesetz, Strafrecht und Strafprozeß. Die Fraktion soll zu diesem Zweck ihrem Sekretär den Auftrag und die Möglichkeit geben, auch nichtparlamentarische Fachleute zu kommissarischen Beratungen und Konferenzen hinzuziehen.

In erster Linie ist unverzüglich auf diese Weise ein Gegenentwurf oder eine die Richtungslinien festlegende und begründende Denkschrift zur Reichsversicherungsordnung ausarbeiten.“

Zur Begründung führt Gisner aus: Die Debatte von heute Vormittag ist der beste Beweis für die Notwendigkeit meines Antrages. Er ist Ihnen ja nicht neu: er lag ja ähnlich schon in Dresden vor und wurde abgelehnt. Aber der Weg des Parteitag ist gepflastert mit abgelehnten Anträgen. Das ist die beste Empfehlung für einen Antrag, wenn ihn der Parteitag ablehnt und er nach Jahren wiederkommt. Denken Sie nur an das Schicksal der Antialkoholanträge. Lehnen Sie darum auch diesmal meinen Antrag ab (Heiterkeit), wahrheitsgemäß hat die Fraktion schon längst danach gehandelt, che ein Parteitag ihn annimmt. Würde die Fraktion ein Steuerprogramm ausgearbeitet haben, so würde heute kein Zweifel darüber sein, daß wir direkte Steuern zu bewilligen haben, wenn nicht eine ganz besondere taktische Situation vorliegt. Gewiß: diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Aber nein sagen heißt nicht verhindern! Treiben wir diesem System keinen Mann und keinen Groschen zu, den wir von ihm fernhalten können! Wenn wir direkte Steuern in dieses System eintreiben, so schaffen wir den Anfang vom Ende dieses Systems und stoßen ihm ins Herz, gerade wegen dieses Systems mußten wir die Erbschaftssteuer annehmen. Und so sollen wir in jeder Situation verlangen, was wir verlangen können. Das ist nicht Abschwächung des Kampfes, sondern Vertiefung, Radikalisierung unserer Arbeit. Nicht so gestalten wollen wir diese Gesetzentwürfe, daß die bürgerlichen Parteien sie annehmen, sondern daß sie sie annehmen müssen. Wir brauchen nur die Entschlossenheit, in einem bestimmten Augenblick unsere Forderung abzugrenzen. Wir wollen mit unsern Anträgen über die Köpfe der Fraktion hinweg zu den Wählern sprechen, die uns noch fremd sind. Es gilt, die Gegner zu entlarven und sie zur Offenheit zu zwingen. Die Reichsversicherungsordnung ist der nächste praktische Fall, wo wir selbständig mit einem Gegenentwurf oder doch wenigstens einer Denkschrift herauskommen müssen. Wir dürfen nicht immer hinter den bürgerlichen Parteien herlaufen und bürgerliche Entwürfe zu verbessern suchen. Wer den Parlamentarismus will, muß auch alle Mittel des Parlamentarismus wollen. Die selbständige Arbeit ist der Anfang der Eroberung des Parlaments für uns. Nicht wir wollen Konzessionen machen, sondern die Gegner zu Konzessionen zwingen. Und praktisch positiv wollen wir so arbeiten. Denn es gibt gar keine positive Arbeit, die nicht zum Sozialismus oder zur Demokratie führte. Das ist ja unsere Hoffnung, unsere Zuversicht. Wenn Sie meinen Antrag nicht annehmen wollen, so denken Sie wenigstens darüber nach und ziehen Sie die Konsequenzen.

Vor. Singer (zur Geschäftsordnung): Den ersten beiden Sätzen werden wir ja einstimmig zustimmen, aber über den dritten Satz können wir jetzt nicht abstimmen...

Abg. Hoffmann (Berlin): Das ist unmöglich. Es würde eine Wiederholung dieser Debatte bedeuten.

Abg. Bebel: Diese Resolution ist eine Ueberrumpfung des Parteitag. (Lebh. Zustimmung.) Wir können sie auch nicht besonders behandeln...

Abg. Dr. Frank (Mannheim): Ich bewahre die Antragsteller gegen den Verdacht, als ob eine Ueberrumpfung geplant sei. Unsere Resolution zirkuliert seit einer Stunde im Saal...

Das Schlusswort erhält

Abg. Ledebour: Den Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise immer wieder vorzubringen, sind wir schon deshalb verpflichtet, weil die jetzige ganz veraltete Einteilung der Wahlkreise auch verfassungswidrig ist...

Ran zu unserer Haltung in der Frage der Reichsfinanzreform. Genosse Böhle hat es so dargestellt, als ob die Fraktion von radikaler Seite überrumpelt und festgelegt werden sollte...

Abg. Richard Fischer (Berlin): Ich habe von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierung damit rechnete, sich verschiedene Steuern von beschriebenen Mehrheiten bewilligen zu lassen...

Abg. Dr. David: Nicht dem persönlichen Regiment wollen wir Steuern bewilligen, aber unser Nein zur Erbschaftsteuer hätte ein Ja zu schlechteren Steuern bedeutet...

Abg. Müller (Berlin), Parteivorstand: Wir hatten von Ledebour die Ermächtigung zu Korrekturen und haben nur tatsächliche Nichtigstellungen vorgenommen...

Abg. Dr. David: Sie können nicht feststellen, was in der dritten Lesung gekommen wäre, denn diese hat nicht stattgefunden...

Abg. Richard Fischer (Berlin): Der „Vorwärts“ sollte allerdings abweichenden Meinungen seine Spalten öffnen, aber die Redaktion sollte sich gegen eine Verantwortlichkeit davor schützen...

Abg. Ledebour: Ich war gestern bei den persönlichen Bemerkungen nicht anwesend und nehme von den Erklärungen von Robert Schmidt Notiz...

Vor. Lipinski: Genosse Dr. Frank, Sie haben zwar das Recht zu einem Zwischenruf, aber nicht zu einer ganzen Vorlesung...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Gegenüber dieser unerhörten Manier muß ich verlesen, was ich geschrieben habe. Der von mir verlesene Bericht wurde der Fraktion zur Korrektur unterbreitet...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe den Parteivorstand zu Ueberlegungen ermächtigt, aber ich konnte nicht annehmen, daß er rücksichtslos Erwidrungen vornehmen würde...

Abg. Dr. David: Sie haben ja auch im Reichstag, während wir alle, und selbst Heine, unbedingt Willovs Verabschiedung verlangten...

Abg. Dr. Frank (Mannheim): Zuerst beschloß die Fraktion, sich nicht vor der dritten Lesung festzulegen. Erst nachher legte sie es ab, dem Genossen Singer, einem alten erfahrenen Parlamentarier...

Abg. Robert Schmidt (Berlin): Trotz meiner gestrigen Erklärung hat Ledebour meine Worte falsch ausgelegt. Das muß außerordentlich verbitternd wirken...

Abg. Dr. David: Nicht dem persönlichen Regiment wollen wir Steuern bewilligen, aber unser Nein zur Erbschaftsteuer hätte ein Ja zu schlechteren Steuern bedeutet...

Abg. Müller (Berlin), Parteivorstand: Wir hatten von Ledebour die Ermächtigung zu Korrekturen und haben nur tatsächliche Nichtigstellungen vorgenommen...

Abg. Dr. David: Sie können nicht feststellen, was in der dritten Lesung gekommen wäre, denn diese hat nicht stattgefunden...

Abg. Richard Fischer (Berlin): Der „Vorwärts“ sollte allerdings abweichenden Meinungen seine Spalten öffnen, aber die Redaktion sollte sich gegen eine Verantwortlichkeit davor schützen...

Abg. Ledebour: Ich war gestern bei den persönlichen Bemerkungen nicht anwesend und nehme von den Erklärungen von Robert Schmidt Notiz...

Vor. Lipinski: Genosse Dr. Frank, Sie haben zwar das Recht zu einem Zwischenruf, aber nicht zu einer ganzen Vorlesung...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Gegenüber dieser unerhörten Manier muß ich verlesen, was ich geschrieben habe. Der von mir verlesene Bericht wurde der Fraktion zur Korrektur unterbreitet...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe den Parteivorstand zu Ueberlegungen ermächtigt, aber ich konnte nicht annehmen, daß er rücksichtslos Erwidrungen vornehmen würde...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe den Parteivorstand zu Ueberlegungen ermächtigt, aber ich konnte nicht annehmen, daß er rücksichtslos Erwidrungen vornehmen würde...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe den Parteivorstand zu Ueberlegungen ermächtigt, aber ich konnte nicht annehmen, daß er rücksichtslos Erwidrungen vornehmen würde...

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe den Parteivorstand zu Ueberlegungen ermächtigt, aber ich konnte nicht annehmen, daß er rücksichtslos Erwidrungen vornehmen würde...

Vor. Lipinski: Schränken Sie doch die persönlichen Bemerkungen ein und brüden Sie die Verhandlungen des Parteitages nicht auf ein so niedriges Niveau...

Abg. Dr. David: Nicht mit David, sondern mit Bebel hätte die Mehrheit der Fraktion für die Erbschaftsteuer gestimmt.

Abg. Bebel: Nachdem mein Name wiederholt von verschiedenen Seiten in der Debatte genannt worden ist, sehe ich mich zu einer kurzen Erklärung genötigt...

Es folgen die Abstimmungen. Die Anträge auf Neueinteilung der Wahlkreise, Verkürzung der Legislaturperioden, Erleichterung des Erwerbs der Staatsangehörigkeit...

Es folgt die Frage der württembergischen Hofjägerei. Vor. Singer: Von vielen Delegierten ist der Wunsch ausgesprochen worden, diese Angelegenheit in kameradschaftlicher, parteigenössischer Weise zu erledigen...

Wir haben durch unsere Teilnahme an diesem Ausflug selbstverständlich nicht beabsichtigt, an einer monarchischen Demonstration mitzuwirken. Soweit diese Auffassung vorherrscht, geht sie von irigen Voraussetzungen und mangelhaften Informationen aus...

Ich schließe daran die zuberichtliche Ueberzeugung, daß alle Parteigenossen unsere Aufgabe darin erblicken werden, nicht an monarchischen Kundgebungen teilzunehmen...

Suffmann (Hamburg II) begründet einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission, die die künstlerische Ausgestaltung der Waiseitung in die Hand nehmen soll...

Parteivorstandsmittglied Müller (Berlin): Gegen eine Anhörung des Bildungsausschusses ist nichts einzuwenden, der einen besseren Einfluß ja auch schon auf den „Wahren Jacob“ ausgeübt hat...

Wels (Berlin) begründet einen Antrag Berlin V, die Herstellung eines Abendblattes für den „Vorwärts“ in Erwägung zu ziehen. Die bürgerlichen Blätter erscheinen in Berlin zum Teil schon dreimal und sind dem „Vorwärts“, der auch Montags nicht erscheint, an Aktualität weit voraus...

Der Parteitag beschließt demgemäß. Es wird dann eine die russischen Greuel brandmarkende Resolution angenommen.

Dr. Karl Liebknecht (Berlin): Es wäre dieses Parteitags unwürdig, wenn er vorbeigehen würde, ohne unsern russischen Brüdern und Schwestern ein Wort der Sympathie ausgesprochen zu haben...

Vor. Singer: Wir würden die Wirkung dieser machtvollen Sympathieerklärung abschwächen, wenn wir in eine Diskussion eintreten würden. (Zustimmung.) — Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Lebh. Beifall.)

Leipzig, 15. Sept. In der Nachmittagsitzung hat der Parteitag die Beratung des Organisationsstatuts begonnen, das in einer Reihe von Punkten geändert werden soll. Hierzu erstattete G e r t ein stündiges Referat, an das sich eine ausgedehnte Diskussion schließt.

Davidsohn (Berlin, Vorwärtsredakteur): Durch die Unterzeichnung des Artikels mit dem vollen Namen war die Redaktion genügend fabriert.

Die Opposition ließ ihr Programm bei Gelegenheit des ersten Stiftungsfestes des Vereins, Februar 1882, durch Reichstag einbringen, der auf diesem die Beschlüsse der ersten Parteitagung, die auf dem 10. Sept. 1882 in Berlin stattfand, basierte. Der erste Parteitag wurde am 10. Sept. 1882 in Berlin abgehalten. Der zweite Parteitag wurde am 10. Sept. 1882 in Berlin abgehalten. Der dritte Parteitag wurde am 10. Sept. 1882 in Berlin abgehalten.

Die Opposition ließ ihr Programm bei Gelegenheit des ersten Stiftungsfestes des Vereins, Februar 1882, durch Reichstag einbringen, der auf diesem die Beschlüsse der ersten Parteitagung, die auf dem 10. Sept. 1882 in Berlin stattfand, basierte. Der erste Parteitag wurde am 10. Sept. 1882 in Berlin abgehalten. Der zweite Parteitag wurde am 10. Sept. 1882 in Berlin abgehalten. Der dritte Parteitag wurde am 10. Sept. 1882 in Berlin abgehalten.

Kirchweih-Abschlag!

Zu Kuchen

- empfehle:
- Feinstes Kuchenmehl 5 Pfd. 90
 - feinste Haseln per Pfd. 38
 - feinste Corinthen per Pfd. 38
 - feinste Sultaninen per Pfd. 58
 - feinste Süßrahmbutter per Pfd. 1.40
 - gewählte Parmandeln per Pfd. 1.20
 - Prima Haselnkerne per Pfd. 85
 - feinstes Corfaner Citronat u. Orangerat, Citronen (Verdickl) große, per Pfd. 65
 - Prima Casteläpfel per Pfd. 16 u. 18
 - süße Zwetschgen per Pfd. 10
 - blaue Casteltrauben (zu Traubenbuchen) per Pfd. 22
- Serner empfehle:
- Garantirt reines Fett per Pfd. 65
 - gar. reines deutsches Schweinefett per Pfd. 80
 - Zwiebels p. Pfd. 5
 - Bohkrant p. Pfd. 8
 - Dilefia-Sauerkraut per 5 Pfd. 40
 - per 10 Pfd. 70

Milch:

- beste Magermilch per Lit. Glasche 15
- condens. Milch per Dose ca. 8 1/2 - 4 Str. gute rasnige Milch 48 und 52

Weine:

- Bischwein per Flasche 60
- Kaiserkühler per Flasche 70
- Moselwein per Flasche 90
- eine gute fl. Rotwein per Flasche 90
- Sachschinken per Pfd. 1.40
- feine Salamiwurst per Pfd. 1.50
- Leberwurst
- Eisenberger Preßkops

Luger & Filialen Durlach.

Kinderbettstelle.

groß, eleg., neu, für nur 12 M. zu verl. Durlachstr. 6, St. 2.

Zu verkaufen:
Bessere Herrenkleider, Lieberzieher, Galen, Knäcken, gute Damenkleider, Mägen, Jaden, Kindermäntel, Hüte usw. 4746
Näheres Luitensstraße 2 a part.

Kinderwagen

gut erhalten, billig zu verkaufen Degenfeldstr. 1a, 5. St.

Kleidermacherin

nimmt noch Kunden an in das Haus, Kaiserstraße 73, St. 3. St. 2.

Persil

Das Idealste und vollkommenste selbsttätige Waschmittel

von bisher unerreichter, geradezu wunderbarer Wasch- und Bleichkraft. Wäscht die Wäsche von selbst in einviertel bis einhalbstündigem Kochen, macht sie rein und blendend weiß, frisch und duftig wie von der Sonne gebleicht! Reiben, Bürsten, Waschbrett, selbst Seife und Soda sind entbehrlich, daher ganz enorme Ersparnis an Zeit, Arbeit und Geld. Garantirt unschädlich bei jeglicher Anwendung. Pakete à 35 und 65 Pfg.

Dixin

Verbessertes, im Gebrauch billigstes, unerreichtes Seifenpulver. Garantirt unschädlich. Kein Zusatz von Seife und Soda erforderlich! Erleichtert bedeutend das Waschen, da nur leichtes Nachreiben mit Hand oder Maschine nötig. Die Wäsche wird schneeweiß und erhält den frischen Geruch der Rasenbleiche. Paket 25 Pfg.

Henkel's Bleich-Soda

in Verbindung mit Seife, ganz hervorragendes Waschmittel, bester Ersatz für Soda, vorzüglich zum Einsetzen oder Einweichen der Wäsche, zum Reinigen von schmutzigem Küchengeschirr und Holzgeräten etc.

Oben genannte 3 Artikel in allen einschlägigen Geschäften zu erhalten.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

Bad. Frauenverein. Soz. Wahlverein Grünwinkel.

Mitte September ds. Jrs., nachmittags 4 Uhr, beginnt das neue Schuljahr. Dasselbe dauert bis Ende Juni nächsten Jahres. Der Unterricht findet jeweils nachmittags statt. Er zerfällt in solche Fächer, zu deren Besuch jede Teilnehmerin verpflichtet ist (Hauptfächer), und solche, deren Besuch nach Wahl stattfinden kann (Nebenfächer).

- Die Hauptfächer sind:
1. Handelskunde 1 Stunde wöchentlich
 2. Kaufmännisches Rechnen 4 Stunden
 3. Buchführung (einfache, doppelte, amerikanische) 4
 4. Kaufmännische Korrespondenz und Kontorarbeiten 3
 5. Handels- und Wechselrecht 1 Stunde
 6. Handelsgeographie 1 1/2 Stunden
 7. Volkswirtschaftslehre 1 1/2
 8. Schön schreiben, Kundschrift und Plakatfchrift 1 Stunde

- Die Nebenfächer sind:
9. Stenographie 2 Stunden
 10. Französische Korrespondenz 2
 11. Englische Korrespondenz 2
 12. Maschinenschreiben 2
- und die nötigen Übungsstunden.

Außerdem ist die Einrichtung getroffen, daß auch Besucherinnen, die beabsichtigen, nur am Unterricht einzelner der unter 1 bis 12 aufgeführten Fächer teilzunehmen, Gelegenheit geboten ist, sich die gewünschte Ausbildung in den gewählten Fächern zu verschaffen.

Anmeldungen werden an die unterzeichnete Stelle erbeten, wofür auch Satzungen zu haben sind und jede gewünschte Auskunft erteilt wird. 4587

Der Vorstand der Abteilung I. (Gartenstraße 49.)

Bekanntmachung.

Das Spielen des Harmoniums bei Trauerfeierlichkeiten in der Friedhofkapelle und im Krematorium wird zur Vermeidung ausgesprochen. Bewerber und Bewerberinnen wollen ihre Angebote unter Beifügung von Zeugnissen binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Kommission einreichen. Karlsruhe, den 15. September 1909. 4758

Friedhof-Kommission: Dr. Gortmann. Meier.

Bekanntmachung.

Die Verteilung des Zinserrätgnisses der Kaiser-Ved-Stiftung betr. Das Zinserrätgnis der Kaiser-Ved-Stiftung für das Jahr 1909 mit 359.33 M. soll nach Vorschrift des Stifters zur Unterstützung von begabten, fleißigen, braven Söhnen oder Töchtern bedürftiger hiesiger Familien, insbesondere von Witwen, verwendet werden, um ihnen die Ausbildung für einen wissenschaftlichen, künstlerischen oder gewerblichen Beruf zu erleichtern. Bewerbungen sind innerhalb 14 Tagen unter Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse sowie mit Zeugnissen einzureichen. 4752
Karlsruhe, den 18. September 1909.
Das Bürgermeisteramt: Dr. Gortmann. Lacher.

Soz. Wahlverein Grünwinkel.

Sonntag den 19. September, abends 7 Uhr findet im Badischen Hof eine öffentl. Wählerversammlung statt. Genosse Willi, Kandidat für den 43. Landtagswahlkreis, wird über „Die bevorstehenden Landtagswahlen“ sprechen. Jedermann ist eingeladen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 4748

Der Vorstand. J. A. R. Gantle.

Telephon COLOSSEUM Direktion: 1938. Kapellmeister: P. Römer. Geschäftsleiter: J. Raimond. Heute Donnerstag den 16. Sept. 1909, abends 8 Uhr, vollständig neues Programm. Elsa Marshall, Soubrette. — Bowel Smith und Miss Lou, kom. Extrakt. — Otto! Otto!, der geniale Humorist. — La Melanite, Danseuse espagnole Transformation. — Eissy Waldburg, Vortragskünstlerin in ihrem eigenen Repertoire. — Les Silvestres, sensationeller Lust auf der Bühne. — Varini, Expert-Juggler. — Valmore Compagnie, urkomischer Stetsch „Lebermut“. — Der Kinetograph, stets die sensationellsten, aktuellen, neuesten Aufnahmen. — Alle 8 Tage Silbermedaille. Samstag den 18. September, große Galavorstellung. Sonntag den 19. September, zwei Vorstellungen. 4747



J. Blum's Zug- und Stovorrichtung
mit 2 Stangen f. Vorhänge u. 3 Stangen f. Vor- u. Nachhänge
festem zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen.
Polierte Holzgalerien in allen Längen
Solide und dauerhafte Ware
Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. Preislisten gratis. Nur bei
J. Blum, Schützenstr. 49.
Rabattmarken.

Kaffee in mein Leben

und schmeckt mir doppelt gut, wenn ich ihn in dem Service vor mir stehen hab, welches man bei Verwendung von
„Uxoril“ Seifenpulver vollständig gratis erhält. Fabrikanten: Föll & Schmalz, Bruchsal.

Apollo-Theater 4749

- 16 Marienstr. 16
Dir. J. Engels.
- Lena Thureffi Soubrette.
 - Miss Salda Evolution am asiatischen Lustspiel.
 - Gebrüder Schneider gen. Schwach und Schwacher Urkomisches Duettistenpaar.
 - Edwin und Lissi Bull Jongleurakt.
 - Grete Richards Frottierte.
 - Salda und Carmen Sensat. Lustst.
 - Rudolf Hoek großh. lächl. Voffstanzpieler a. D.
 - Humorist u. Meisterrecitator.
 - Original-Steffen-Brothers Comic-Basquet-akt.
 - Apollo-Bioscop Jede Woche neue Bilder.
 - Täglich abends 8 Uhr Vorstellung.
 - Von 11 Uhr ab: Cabaret „Maxim“.

Freiburg. Colosseum.

Vom 16. bis inklusive 30. September
Das neue Programm
Miss Alice Dianda mit ihrer zoologischen Revue, feinste und beste Nummer in diesem Genre. Weltattraktion! Die 4 Circus, komischer Eierkammer, Original. Les Finher, Phänomenal-Cyclisten. Les Carminas, Musical-Struosen. Hans Girardet, Humorist. Schwesken Wittus, Phänom. Drahtseil-akt. Miss Förber, Jodlerin. Kinetograph in höchster Vollendung. 4746
Kassa 7 1/2, Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf: Neues Zigarrenhaus Roser, Kaiserstr. 44, Ecke Schiffstr. — Telephon 1271. —

Von heute bis zum 1. Oktober

(Inkrafttreten der Brau-steuererhöhung)
verkaufe ich sämtliche
Liköre Spirituosen
und
Branntweine
mit
10% Rabatt.
C. L. Sickinger
— Marienstr. 35. —
Telefon 1406.

Möbl. Zimmer an 1 oder 2 Herren

billig zu vermieten
Schützenstraße 87, 2. St. r.

Ein Kind

wird tagtäglich in gute Pflege genommen. Zu erst. Dr. Marienstr. 7, St. 1. St.

Stühle

jeber Art werden schön und gut geflochten bei
A. Laninger, Schützenstr. 79, 2. St.

Sib- u. Fiegwagen

gut erhalten, billig zu verkaufen
Rüppertstraße 24 a.

Schließkorb

fast neu, billig zu verkaufen
Dürmersheimerstr. 85, 3. St.